

**Offener Brief an die Mitglieder der SPD-Landesgruppen Baden-Württemberg und Bayern im Deutschen Bundestag**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den nächsten Tagen entscheiden Sie im Bundestag, ob mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes eine „Sonnensteuer“ eingeführt wird. Mit der Erhebung einer EEG-Umlage von 40 oder 50 Prozent auf Erzeugung und Verbrauch von Eigenstrom aus Photovoltaik würde der weitere Ausbau der Solarenergie in Deutschland massiv ausgebremst.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass sich letzte Woche die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag klar gegen die Sonnensteuer ausgesprochen hat. So schreibt Thomas Strobl als Vorsitzender der 43 baden-württembergischen Abgeordneten: „...alle Anlagen einheitlich mit 40 Prozent Umlage zu belasten. Das wäre das Aus für viele sinnvolle Projekte.“

Nachdem in den letzten Wochen sich bereits die CSU-Landesgruppe gegen die Sonnensteuer positioniert hat, steht in der Union der Süden der Republik klar hinter dem weiteren Ausbau der Solarenergie. Aus gutem Grund: Gerade in Bayern und Baden-Württemberg ist sie einer der zentralen Pfeiler der Energiewende.

Die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe sind jetzt die einzigen Parlamentarier/innen aus Bayern und Baden-Württemberg, die sich noch nicht klar gegen die Sonnensteuer positioniert haben. Mittlerweile haben fast 200.000 Menschen bundesweit, davon über 40.000 aus Bayern und über 31.000 aus Baden-Württemberg, unseren Appell gegen die Sonnensteuer unterzeichnet. Wir rufen Sie daher im Namen all dieser Bürger auf, sich gegen die Erhebung einer EEG-Umlage auf PV-Eigenstrom auszusprechen. Oder sich zumindest dem Votum des Bundesrats vom 23. Mai 2014 anzuschließen, der eine EEG-Umlage von 15 Prozent des vollen Satzes vorschlägt, mit der Wiedereinführung einer praktikablen Bagatellgrenze.

Wer Eigenstrom erzeugt und selbst verbraucht, der investiert die eigenen Ersparnisse, entscheidet sich auf die EEG-Vergütung zu verzichten und trägt damit zu einer kostengünstigen Energiewende bei. Diese Eigeninitiative von vielen Bürger/innen für eine kostengünstige Energiewende mit einer Sonnensteuer auszubremsen, wäre völlig widersinnig. Der fatalen Wirkung stünden nur minimale Entlastungen der Verbraucher/innen gegenüber: Nach Berechnungen des Verbraucherzentrale Bundesverbands würde die EEG-Umlage durch die Sonnensteuer für eine vierköpfige Familie um einen Groschenbetrag (50 Cent pro Jahr!) sinken. Der bürokratische Aufwand wäre hingegen enorm, der Amtsschimmel wieherte kräftig.

Nachdem sich die Stromgestehungskosten der Photovoltaik seit Einführung des EEG auf ein Fünftel reduziert haben, zählt sie zu den günstigsten Erneuerbaren Energien. Es macht daher keinen Sinn, den Ausbau der Photovoltaik jetzt auszubremsen, wo die Ernte der Förderung aus den letzten Jahren eingefahren werden könnte. Wir erwarten daher von Ihnen als Abgeordnete aus den sonnenverwöhnten Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern, dass Sie sich einer Sonnensteuer entgegen stellen und diese im Bundestag verhindern. Alles andere wäre der Partei des Sozialdemokraten und Solarpioniers Hermann Scheer unwürdig.

Wir bitten Sie um eine zügige Beantwortung unseres Offenen Briefs.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Bautz  
Geschäftsführender Vorstand Campact e.V.